



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 06.06.2024**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:02 Uhr bis 19:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vertreter für Frau Krimmling-Schoeffler
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Frau Dr. Wünscher
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 18:13 Uhr
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 19:05 Uhr
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:43 Uhr
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin
Jannik Balint	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Simon Kuchta	Leiter Fachbereich Umwelt
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Daniel Schöppe	Leiter Abteilung Brand-, Katastrophenschutz/RD
Martin Herrmann	Leiter Abteilung Umweltmanagement und Service
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle
Olaf Böhlke	Sachkundiger Einwohner
Thomas Erling	Sachkundiger Einwohner
Arian Michael Sudau	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von **Herrn Raue** eröffnet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Raue wies darauf hin, dass folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen sind:

TOP 4 + 10

Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.05.2024

→ **Vertagen**

TOP 6.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung des §2 der Erhaltungssatzung Nr.55 Gartenstadt Gesundbrunnen

→ **Vorschlag absetzen, da im PA zurückgezogen**

Des Weiteren informierte er über folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 6.2

Antrag der Fraktion MitBürger zur Durchführung eines Wettbewerbs zur Freiflächengestaltung der Ostseite des Marktplatzes

Vorlage: VII/2024/06966

→ **Beschlussvorschlag wurde modifiziert**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.05.2024
VERTAGT
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Satzung für die Feuerwehr der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2024/07118
- 5.2. Abfallvermeidungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2024/07040

- 5.3. Erprobung und Einführung eines Telenotarztsystems im Rettungsdienst
Vorlage: VII/2024/07238
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung des §2 der Erhaltungssatzung Nr.55 Gartenstadt Gesundbrunnen
Vorlage: VII/2024/07253 **ABGESETZT**
- 6.2. Antrag der Fraktion MitBürger zur Durchführung eines Wettbewerbs zur Freiflächengestaltung der Ostseite des Marktplatzes
Vorlage: VII/2024/06966
7. Mitteilungen
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift 16.05.2024 **VERTAGT**
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Fragesteller 1 berichtet, dass der Wegweiser unterhalb der Treppe zum ZOB seit einiger Zeit verbogen ist. Er frage, wann der Missetand behoben wird.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 3.2 Fragesteller 2 zu Wahlplakaten

Fragesteller 2 bezog sich auf seine Anfrage in der letzten Ausschusssitzung zur Höhe der aufgehängten Wahlplakate. Er äußerte seinen Unmut, dass trotz der Aussage der Verwaltung, dass die Parteien über das fehlerhafte Aufhängen bzw. heruntergerutschte Wahlplakate informiert worden sind, keine Nachbesserungen stattgefunden haben.

Herr Teschner antwortete, wenn die informierten Parteien nach einer Fristsetzung der Nachbesserung nicht nachkommen, ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet wird. Es ergänzte, dass es nur seltene Einzelfälle gibt, in denen die Verwaltung feststellt, dass der Aufforderung nicht nachgekommen wird.

zu 3.3 Fragesteller 2 zur Stilllegung von Fahrzeugen

Fragesteller 2 berichtete, dass am 16. Mai 2024 in der Dryanderstraße ein Fahrzeug stillgelegt wurde. Viele bulgarische und rumänische Vorbeifahrende scheinen sich offensichtlich für dieses Fahrzeug zu interessieren. Er fragte, ob das Fahrzeug verwahrt wird und wie die Haftpflicht in diesem Fall zu bewerten ist.

Herr Teschner antwortete, dass Fahrzeuge, die sich im öffentlichen Verkehrsraum befinden, versichert und zugelassen sein müssen. Wird gegenteiliges festgestellt, kann das Fahrzeug zwangsentstempelt werden. Der Halter des Fahrzeuges hat die Pflicht, sich um sein Fahrzeug zu kümmern, das heißt, er bekommt die schriftliche Aufforderung, diesen Zustand abzustellen, mit einer Fristsetzung zwischen zwei und vier Wochen. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach, gibt es Verwaltungszwangsmittel. Die Stadtverwaltung hat in diesem Fall keine Haftungspflicht.

zu 3.4 Fragesteller 2 zur Dryanderstraße 30

Fragesteller 2 berichtete, dass in der Dryanderstraße 30 der Gullideckel abgesenkt ist. Daraufhin hat die Stadtverwaltung eine Warnbake aufgestellt. Nun sind ca. einen halben Meter vom Gullideckel entfernt Pflastersteine abgesunken. Zudem wird die Warnbake immer wieder von Fahrzeughaltern auf den Gehweg gestellt, um an der Stelle parken zu können. Er fragte, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung unternimmt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es viele solcher Fälle im Stadtgebiet gibt. Firmen wurden bereits beauftragt. Allerdings bedarf es einiger Zeit, bis alle Baustellen abgearbeitet wurden.

zu 3.5 Fragesteller 3 zum Orgacid-Gelände

Fragesteller 3 bezog sich auf das Protokoll zum Fachgespräch zum Orgacid-Gelände im Landtag und den Aussagen von Herrn Johannemann und äußerte seinen Unmut, dass die von ihm zugesandte Liste der durch die Orgacid-Fabrik geschädigten Personen in Frage gestellt wird. Er sagte, dass die Stadt Halle (Saale) eine Untersuchung vornehmen müsste, um eine zweifelsfreie belastbare Gefährdungsabschätzung für dieses Gebiet zu erhalten.

Herr Kuchta antwortete, dass nicht die Liste der Personen in Frage gestellt wird, sondern der kausale Zusammenhang zwischen den aufgelisteten Personen und Erkrankungen, sowie den Belastungen der Orgacid-Fabrik. Dieser müsste in jedem Einzelfall geprüft und nachgewiesen werden. Zudem liegt bereits eine Gefährdungsabschätzung für das Gelände vor, diese wird derzeit aktualisiert.

zu 3.6 Fragesteller 4 zum Abfallvermeidungskonzept

Fragesteller 4 bezog sich auf das Abfallvermeidungskonzept und die vorgeschlagenen Maßnahmen und sagte, dass 11 davon Kosten verursachen werden. Gleichzeitig wurde in der Begründung der Beschlussvorlage ausgeführt, dass die Umsetzung des Konzeptes ökonomische Vorteile für die Einwohnerschaft bringen könnte. Er bat um Stellungnahme. Weiterhin fragte er nach der Kostendeckung und ob entsprechende Haushaltsmittel im Haushaltsplan dafür eingestellt werden. Des Weiteren bezog er sich auf die Maßnahme H8 und fragte, aus welcher fachlichen Grundlage das angegangen wird.

Herr Kuchta antwortete, dass in Abstimmung mit der Kämmerei geplant wird, das Abfallvermeidungskonzept aus den laufenden Haushaltsmitteln zu finanzieren. Haushaltsmittel wie beispielsweise Flyer, Aufklärungsmaterial und Personalkosten wurden dabei angesetzt. Bezüglich der Frage zwei sicherte er eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Satzung für die Feuerwehr der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2024/07118

Herr Teschner führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Krischok äußerte ihre Enttäuschung, dass Tornau nicht mit aufgelistet wurde. Des Weiteren fragte sie, ob laut Brandschutzbedarfsplan zeitnah und fortlaufend alle Änderungen dokumentiert wurden. Zudem hätte sie sich eine parallele Einbringung des überarbeiteten Brandschutzbedarfsplans und der Satzung gewünscht. Des Weiteren fragte sie, ob entgegen dem Brandschutzbedarfsplan die beschlossenen Personalstellen im Haushaltsplan korrekt sind. Sie bezog sich auf §15 und fragte, wie „wiederholt“ definiert wird.

Herr Teschner antwortete, dass Tornau aufgelöst werden soll, da das Gebiet durch die dritte Wache (Feuerwache Büschdorf) abgedeckt werden soll und die Haupteinschließungsstraße eine schnelle Erreichbarkeit ermöglicht. Er sicherte zu, dass der Brandschutzbedarfsplan noch in diesem Jahr dem Stadtrat vorgelegt wird. Auch in diesem Plan wird Tornau nicht mehr aufgeführt. Allerdings muss die Auflösung einer Ortsfeuerwehr durch das Innenministerium genehmigt werden. Erst mit der entsprechenden Entscheidung kann der Brandschutzbedarfsplan den Stadträten vorgelegt werden. Bezugnehmend auf die Personalstellen antwortete er, dass sowohl der Brandschutzbedarfsplan als auch der Stellenplan nicht mehr aktuell sind.

Nach Rücksprache mit dem Fachbereich Recht ist das Wort „wiederholt“ nicht definiert. Dennoch muss es mindestens zweimal sein. Zudem ist immer der Einzelfall zu prüfen. Zur Dokumentation teilte er mit, dass die entsprechenden Dokumentationen vorgenommen wurden, wie beispielsweise die Änderung der Ausrückeordnung.

Frau Winkler bezog sich auf §11 Abs. 7 und fragte, ob es einen inhaltlichen Unterschied zwischen „unterstützen“ und „mitwirken“ gibt.

Herr Teschner verneinte dies.

Herr Raue bezog sich auf die Synopse und sagte, dass das Probejahr auf sechs Monate reduziert wurde und dafür eine Beurteilung des Bereichsleiters abgegeben werden muss. Er fragte, ob diese zusätzliche Bürokratie zwingend erforderlich ist.

Herr Teschner antwortete, dass die Reduzierung der Probezeit dem Fachbereich Recht geschuldet ist. Die Beurteilung dient nur als Nachfrage, ob es Vorkommnisse gab, die gegen eine dauerhafte Mitgliedschaft sprechen.

Herr Balint bezog sich auf die Änderung in §5 Abs. 2 und fragte, ob dem Stadtrat die Entscheidung über das technische Gerät entzogen wird.

Herr Schöppe verneinte dies und verwies auf die Vergaberichtlinien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen mehr und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Satzung für die Feuerwehr der Stadt Halle (Saale).

zu 5.2 Abfallvermeidungskonzept der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2024/07040

Herr Kuchta führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Dr. Burkert berichtete, dass eine Zahnarztpraxis für die Entsorgung des Verpackungsmülls eine gelbe Tonne beantragen wollte. Nach Information der Stadtverwaltung stehen Zahnarztpraxen keine gelben Tonnen zu und die Müllentsorgung ist über die entsprechenden Entsorgungsbetriebe vorzunehmen. Sie bat um Stellungnahme. Weiterhin sagte sie, dass seit 2023 die Möglichkeit besteht, Mülltonnen mit Aufklebern zu versehen, um über Mülltrennung aufzuklären. Sie regte an, vor allem auf die besondere Gefahr von Akkus hinzuweisen, da diese oftmals bei der Entsorgung über den üblichen Haushaltsmüll Kleinbrände in den Deponien verursachen.

Herr Herrmann antwortete, dass die HWS eine Gewerbeprüfung (Einzelfallprüfung) vornimmt, ob Abfälle im Sinne von Verpackungsmaterial anfallen. Die Zuständigkeit obliegt nicht bei der Stadtverwaltung. Bezüglich der Aufkleber teilte er mit, dass im vergangenen Jahr Aufkleber erstellt wurden. Diese werden inzwischen verteilt. Sowohl die HWS als auch die RAB führen bezüglich der Gefahr von Akkus regelmäßig Öffentlichkeitsarbeit durch. Die Stadtverwaltung hat dazu im vergangenen Monat eine Pressemitteilung erstellt. Die HWS will künftig wieder vermehrt auf Mülltonnen Aufkleber anbringen.

Frau Dr. Burkert sagte, dass im Sinne der Umwelt allen Gewerbetreibenden eine Gelbe Tonne zur Verfügung gestellt werden sollte.

Herr Krause bezog sich auf die Plattform Brauch-Bar und das Repair-Café und bat um nähere Informationen. Er fragte, ob Glascontainer nach einem Plan entsorgt werden und Sensortechnik eingesetzt werden soll.

Herr Herrmann informierte, dass die Nutzung der Brauch-Bar durch alternative Angebote (Tauschplattformen etc.) rückläufig ist. Es gibt Überlegungen, diese wieder zu bewerben. Bezüglich des Repair-Cafés teile er mit, dass es im Eigenbaukombinat regelmäßig Angebote gibt, wo man Technik reparieren lassen kann. Auch Kirchengemeinden bieten einen solchen Service an. Die HWS setzt bereits auf Tourenoptimierungen der Glascontainer. Die Sensortechnik wurde bereits erprobt; sie ist jedoch nur an geeigneten Standorten einsetzbar.

Herr Balint sagte, dass der Ursprungsantrag aus März 2022 unter anderem die Ziele und Potenziale berücksichtigt. Er fragte, welche konkreten Ziele und welche Potenziale im Konzept aufgelistet sind.

Herr Herrmann antwortete, dass ein Konzept immer weiterentwickelt wird. Die Ziele hängen stark davon ab, welche Maßnahmen umgesetzt werden und wie stark. Daher sind die Kosten sehr offen formuliert. Die Umsetzung von Maßnahmen ist schlussendlich eine politische Entscheidung.

Herr Balint fragte, ob die Stadtverwaltung eine Analyse über die tatsächlichen Potenziale durchgeführt hat.

Herr Herrmann antwortete, dass im Rahmen der Erstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes mögliche Entwicklungen aufgezeigt wurden. Generell sind solche Schätze im Bereich der Abfallentsorgung schwierig, da es viele Unsicherheitsfaktoren gibt.

Herr Balint bezog sich auf die Maßnahmen im Punkt Gewerbe und fragte, ob es keine aktive Maßnahme gibt, die zu einer aktiven Steuerung führen würde.

Herr Herrmann verwies auf die Verpackungssteuer, die sich derzeit allerdings noch in Prüfung befindet.

Herr Balint sagte, dass im Bereich der Verwaltung die Priorisierung der nachhaltigen Beschaffung nur mittel angesetzt wurde und die Selbstverständlichkeit der Abfalltrennung sehr hoch ist. Er bat um nähere Ausführungen. Auch in der Priorisierung im Bereich Veranstaltungen bat er um konkrete Aussagen.

Herr Herrmann antwortete, dass die nachhaltige Beschaffung viele Aspekte mit einbezieht, daher ist das als eine scharfe Abwehrvermeidungsmaßnahme nicht zu 100 Prozent geeignet. Die Maßnahme Abfalltrennung (Ausstattung der Gebäude mit Trennsystemen) ist schnell umsetzbar und soll bis Ende 2025 abgeschlossen sein. Die sortenreine Abfalltrennung kann auch als Abfallvermeidung betrachtet werden, da die Abfälle teilweise nachgenutzt werden können (Bsp. Biotonne).

Herr Aldag merkte an, dass keine Weiterentwicklung bezüglich der vorgebrachten Präsentation der Verwaltung zur Antragseinbringung im März 2022 erkennbar ist. Er hätte größere Entwicklungsschritte erwartet. Er regte ein Monitoring bereits nach einem Jahr an.

Frau Winkler stimmte der Aussage von Herrn Aldag zu. Sie bezog sich auf die Einzelmaßnahmen Abfalltrennung in allen Verwaltungsstandorten und eine Antwort der Verwaltung aus dem November 2022, dass alle Standorte abzüglich der Schulen seit 1. Januar 2023 über Trennsysteme bereits verfügen sollten. Weiterhin bezog sie sich auf Ö3 (nachhaltigen Beschaffung – Entwicklung eines Handlungsleitfadens) und sagte, dass die vor einem Jahr reformierte Verwaltungsvorschrift zu städtischen Vergaben nur ein Bekenntnis zu sozialen und ökologischen Kriterien enthält. Verbindlich ist diese nur hinsichtlich der ILO-Kernarbeitsnormen. Da die zugehörige Diskussion aber schon seit mindestens drei Jahren aus dem Stadtrat heraus vorangetrieben wird, ist es höchste Zeit, einen Handlungsleitfaden zu erstellen. Hier fehlt der entsprechende Zeitplan. Ähnliches gilt zur Verpackungsvorschrift / Mülltrennung / Veranstaltungen.

Zudem verwies sie erneut auf ihre Anfrage in den vergangenen Sitzungen zum Pilotprojekt über Mülltrennung in den Schulen und betonte, dass dazu immer noch keine Antwort der Verwaltung vorliegt. Sie bat darum, dass das Ergebnis des Monitorings nach zwei Jahren dem Ausschuss vorgelegt wird. Sie regte an, die Windelkampagne einmal im Ausschuss vorzustellen.

Herr Herrmann antwortete, dass das Windelprojekt bereits läuft und die Ergebnisse dieses im Ausschuss vorgestellt werden. Die Umsetzung der Trennsysteme liegt in der Zuständigkeit des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters. Weiterhin gab er zu bedenken, dass Abfallvermeidung kein neues Thema ist, das heißt, dass bei der Aufstellung eines neuen Konzeptes wenig Neues entwickelt werden kann.

Herr Raue befürwortete das erstellte Konzept und auch die angesetzten kleinen Umsetzungsschritte.

Herr Doege bezog sich auf die Mehrwegverpackung und fragte nach einer Umsetzungspflicht.

Herr Herrmann antwortete, dass Mehrwegverpackungen mit angeboten werden müssen. Häufig werden die Mehrwegverpackungen aufgrund des Pfands noch nicht angenommen.

Herr Doege fragte wie für die Kosten des Monitorings aufkommt.

Herr Herrmann antwortete, dass die Evaluation des Abfallvermeidungskonzeptes wird durch den Fachbereich Umwelt geleistet.

Frau Müller-Bahlke äußerte ihre Verwunderung über den Rückgang des Papier- und Pappaufkommens.

Herr Herrmann antwortete, dass es sich um Gewichtsmessungen handelt. Verpackungsmaterial ist sehr groß, allerdings sehr leicht. Wiederum sind Tageszeitungen und Bücher verhältnismäßig schwerer; welche in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen sind.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die dargelegten Kosten, die im Konzept aufgeführt sind, in der kommenden Haushaltsplanung für die Geschäftsbereiche III und IV mitberücksichtigt wurden und konkret in der Haushaltsplanung beziffert werden können.

Herr Kuchta sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen mehr und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt das Abfallvermeidungskonzept der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.3 Erprobung und Einführung eines Telenotarztsystems im Rettungsdienst
Vorlage: VII/2024/07238**

Herr Teschner führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Raue merkte an, dass das Projekt seiner Meinung engmaschig evaluiert werden sollte. Er wird der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Teschner sagte, dass das Projekt als Erprobungsvorhaben als Ausnahmetatbestand zum Rettungsdienstgesetz durchgeführt wird, das heißt, dass das Projekt durch das Innenministerium geprüft wird. Zudem soll das Projekt wissenschaftlich begleitet werden.

Herr Doege fragte, ob der gesamte Saalekreis mit einbezogen ist.

Herr Teschner bejahte dies.

Herr Krause fragte, wie lange die Ausnahmegenehmigung bewilligt wurde.

Herr Teschner antwortete, dass die Ausnahmegenehmigung für zwei Jahre erteilt wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen mehr und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Umsetzung des Pilotprojektes zur Einführung des Telenotarztes in den Rettungsdienstbereichen Saalekreis, Mansfeld-Südharz und Halle/Nördlicher Saalekreis.
2. Der Stadtrat beschließt den Abschluss der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale), dem Landkreis Saalekreis und dem Landkreis Mansfeld-Südharz zur telemedizinischen Unterstützung der rettungsdienstlichen Notfallversorgung in deren Rettungsdienstbereichen im Rahmen eines Pilotprojektes und ermächtigt den Oberbürgermeister diese Zweckvereinbarung zu unterzeichnen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den als Anlage zur Zweckvereinbarung beigefügten Vertrag mit der Gemeinschaft der beteiligten Krankenhäuser zur Gestellung des ärztlichen Personals zu schließen.

4. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2024 im Finanzhaushalt aus der Finanzstelle:

Finanzstelle 24_OB_370_2 Brandschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz Finanzpositionsgruppen 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und 74* sonstige Auszahlungen in Höhe von 199.373 Euro

5. Der Stadtrat beschließt die Aufnahme der Erträge und Aufwendungen zum Produkt Telenotarzt in die Haushaltsplanungen 2025ff. Diese sind haushaltsneutral.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.2 Antrag der Fraktion MitBürger zur Durchführung eines Wettbewerbs zur Freiflächengestaltung der Ostseite des Marktplatzes Vorlage: VII/2024/06966

Frau Winkler brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen mehr und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird **im Rahmen der Erarbeitung des Leitbildes für den Marktplatz** beauftragt, **auch die Einordnung des Barockflügel-Portals des Alten Rathauses am Originalstandort im Zusammenhang mit einer** ~~einem Wettbewerb zur Freiflächengestaltung der Ostseite des Marktplatzes~~ **zu prüfen unter Einbeziehung der Aufstellung des Barockflügel-Portals des Alten Rathauses am Originalstandort durchzuführen.**
2. ~~Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kostenschätzung für die Durchführung des Wettbewerbs vorzunehmen und die dafür erforderlichen Mittel in den Haushaltsplan 2026 einzustellen.~~

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2024/07309

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Frau Winkler zur Schafbrücke in Beesen

Frau Winkler stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zur Schafbrücke in Beesen:

In der Vergangenheit verhinderte ein großer Stein das Befahren der Schafbrücke in Beesen. Dieser Stein wurde entfernt (s. beigefügte Bilder). Außerdem ist das Hinweisschild auf das auf der anderen Seite der Weißen Elster beginnende Naturschutzgebiet „Abtei und Saaleaue bei Planena“ nicht mehr vorhanden. In diesem Zusammenhang frage ich:

1. *Ist der Verwaltung dieser Umstand bekannt? Ist es möglich, diesen Missstand zeitnah zu beheben oder ist dies möglicherweise zwischenzeitlich bereits geschehen?*

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.2 Herr Lothholz zur Ampelschaltung in der Bernburger Straße

Herr Lothholz stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zur Ampelschaltung in der Bernburger Straße:

Die erste Lichtsignalanlage in der Bernburger Straße, die in stadteinwärtiger Richtung den Autoverkehr regelt, um die Straßenbahn durchzulassen, war bislang mit einem Dauergrün für den Radverkehr ausgestattet. Dies wurde kürzlich geändert. Da es an dieser Stelle damit keine dedizierte Ampelschaltung für Radfahrende mehr gibt, müssen diese sich nach der Ampelschaltung für den Straßenverkehr richten. Was ist der Hintergrund für diese Änderung?

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Lothholz zur Seebener Straße

Herr Lothholz fragte, ob der Stadtverwaltung bekannt ist, dass die Gefahrensituation und die Unfälle in der Seebener Straße seiner Meinung nach durch die unterschiedlichen Grünphasen der Geradeaus- und Linksspur aus Richtung Seeben und Objekt zusammenhängen.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Lothholz bezog sich auf den Unfall in der Seebener Straße und fragte, ob es möglich ist, einen Polizisten für den Kreuzungsbereich bis zur Instandsetzung der Ampel abzustellen.

Herr Teschner antwortete, dass der Verkehrsschwerpunkt der Polizei bekannt ist. Zudem ist die Kreuzung viel zu stark befahren, dass ein Polizist den Verkehr in diesem Bereich dort regeln könnte.

zu 8.4 Herr Lothholz zu Baumfällgenehmigungen

Herr Lothholz fragte, wie viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung bei der Prüfung einer Baumfällgenehmigung beteiligt sind.

Herr Kuchta antwortete, dass ein Sachbearbeiter zunächst den Sachverhalt aufarbeitet und die Entscheidung der Prüfung dann an den zuständigen Teamleiter zur fachlichen Abzeichnung übergibt. Danach wird die Entscheidung über die beantragte Baumfällung noch zur Kenntnisnahme an ihn und schlussendlich an Herrn Rebenstorf übergeben.

Herr Lothholz fragte, ob die genehmigten Anträge im Nachhinein geprüft werden.

Herr Rebenstorf merkte an, dass aufgrund des übertragenen Wirkungskreises nur die Dienstaufsicht und nicht die Fachaufsicht besteht. Ein Widerspruch wird folglich über das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt bearbeitet.

zu 8.5 Herr Lothholz zum Robert-Franz-Ring

Herr Lothholz berichtete, dass eine Bewohnerin des Robert-Franz-Rings eine Elektrobox in ihrem Vorgarten aufstellen wollte, was ihr aufgrund der Vorgartensatzung untersagt wurde. Er fragte, weshalb dann viele andere Fahrzeuge im Vorgarten stehen können.

Herr Rebenstorf bat darum, den konkreten Einzelfall zuzusenden.

zu 8.6 Frau Dr. Burkert zur Baustelle Dessauer Straße

Frau Dr. Burkert berichtete, dass die Baustellenampel in der Dessauer Straße für Radfahrer ungünstig angebracht ist, die Bushaltestellenschilder direkt und mobile Mülleimer zum Teil auf dem auf den Radweg stehen. Sie fragte, ob der Missstand der Stadtverwaltung bekannt ist.

Herr Teschner antwortete, dass der Auftrag zur Umsetzung des Bushaltestellenschildes wurde bereits bei der HAVAG beauftragt. Er sicherte die Umsetzung der mobilen Mülleimer zu.

zu 8.7 Frau Dr. Burkert zum Landrain

Frau Dr. Burkert berichtete, dass am Landrain in Höhe Spielplatz Altenberg große Schlaglöcher in der Straßenmitte sind. Sie fragte, ob Beseitigungsmaßnahmen geplant sind.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.8 Frau Dr. Burkert zu Fahrradbügeln

Frau Dr. Burkert bezog sich auf den Stadtratsbeschluss zu den Fahrradbügeln an der Oper und fragte nach dem Umsetzungsstand.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.9 Herr Balint zur Ludwig-Wucherer-Straße

Herr Balint berichtete, dass auf der Ludwig-Wucherer-Straße Richtung Reileck, kurz vor der Kreuzung Robert-Blum-Straße, das Verkehrszeichen 240 – ein gemeinsamer Rad- und Fußweg temporär installiert wurde und fragte, nach der Begründung dieser Beschilderung.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.10 Herr Balint zum Hansering

Herr Balint berichtete, dass am Hansering, nach dem Juliot-Curie-Platz, in Richtung Leipziger Turm das Verkehrszeichen 241 kurz nach der Baustelle installiert ist und fragte nach der Begründung für die Benutzungspflicht.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.11 Herr Balint zur Magistrale

Herr Balint berichtete, dass an der Magistrale, nach An der Feuerwache, in Richtung Stadtzentrum ein temporäres Umleitungsschild mitten auf dem Radweg steht und fragte, ob die Stadtverwaltung hier Handlungsbedarf sieht.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.12 Frau Thomann zur Stellenbesetzung Förster

Frau Thomann fragte nach dem aktuellen Sachstand zum Stellenbesetzungsverfahren zum Forstamt.

Herr Rebenstorf informierte, dass eine Försterin eingestellt wurde und bereits ihren Dienst angetreten hat. Sie wird im kommenden Waldbeirat anwesend sein.

zu 8.13 Frau Thomann zum August-Bebel-Platz

Frau Thomann fragte nach dem aktuellen Sachstand zur Errichtung einer Toilette am August-Bebel-Platz.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.14 Frau Thomann zum Reichardts Garten

Frau Thomann verwies auf den Stadtratsbeschluss zur Förderung der Umsetzung von Maßnahmen für das Grün- und Freiraumkonzept der Altstadt und fragte, weshalb ein anderes Projekt für das Förderprogramm angemeldet wurde und ob noch mit einer Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zu rechnen ist.

Herr Rebenstorf antwortete, dass mehrere Projekte angemeldet wurden. Der Fördermittelgeber hat sich schlussendlich für die Förderung des Projektes Reichardts Garten entschieden.

zu 8.15 Herr Streckenbach zum Orgacid-Gelände

Auf Antrag der Stadträtin Frau Krischok wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Streckenbach

Ja, vielen Dank. Ich habe in der letzten Sitzung angefragt zu den geplanten Maßnahmen, die jetzt durchgeführt werden Orgacid-Gelände, und Sie hatten den Eindruck erweckt, als wollten Sie darauf noch antworten. Also, was ist geplant? Was gibt es jetzt Neues? Es haben ja Gespräche stattgefunden, die Sie ja auch schon hier mitgeteilt hatten.

Herr Raue

Herr Kuchta.

Herr Kuchta

Gut, Herr Streckenbach, ist so richtig, haben wir letzten Monat besprochen. Ich würde Ihnen gerne mehr Neues berichten. Allzu viel gibt es nicht. Also, ich hole mal ein bisschen weiter aus. Der Sachstand war ja so, dass wir in Zusammenarbeit mit der MDSE vier Grundwassermessstellen ausgeschrieben haben: 2 feste von der MDSE und 2 optionale der Stadt Halle. Die Durchführung des Vergabeverfahrens läuft über die MDSE oder lief. Das Vergabeverfahren wurde, also, die Frist zur Abgabe von Angeboten ist abgelaufen. Es gab Bewerber. Es konnte bis heute leider noch kein Zuschlag erfolgen, weil noch vergaberechtliche Fragen zu klären sind. Mein letzter Stand ist, dass es im Raume steht, noch in diesem Monat das Vergabeverfahren abzuschließen, aber wie gesagt: Der endgültige Zuschlag ist noch nicht erteilt.

Parallel dazu haben wir als Stadt auf Grundlage des Gutachtens von Herrn Dr. Bausinger geschaut, inwieweit es noch, abgesehen von den zur Verfügung stehenden Grundwassermessstellen noch weitere Grundwassermessstellen aus der Vergangenheit gibt, die möglicherweise noch reaktiviert werden können. Wir haben insgesamt drei Grundwassermessstellen

gefunden, wobei nur zwei davon sich als ertüchtigbar herausgestellt haben. Das wird jetzt durch uns vorbereitet und entsprechend vorgenommen, sodass wir entschieden haben aufgrund dessen, dass wir diese zwei Grundwassermessstellen bald wieder nutzen können, nur noch eine weitere Grundwassermessstelle einzurichten.

Die zwei die gefunden wurden, befinden sich südlich der A-Anlage und nördlich der Chemiestraße. Die eine soll in der Nähe des Verkehrskreises, die andere ein Stück weit südlicher und auf Grundlage dessen, dass wir geprüft haben, wo es am sinnvollsten ist noch weitere Messstellen zu errichten, haben wir uns dazu entschieden die neue Grundwassermessstelle an der Eisenbahnstraße zu errichten. Auch das hat wieder Herausforderungen, die es mit sich bringt, weil dort zum einen die genauen Abgrenzungen der Eigentümerverhältnisse nicht klar geklärt sind. Es ist ein Stück was der Stadt gehört, aber das muss noch genau vermessen werden, wo es beginnt und wo es endet. Zudem müssen die Schachtscheine beantragt werden. Das ist jetzt auch soweit erfolgt, aber die liegen uns noch nicht vor, sodass wir dort noch im Gange sind.

Das Messstellennetz wird somit noch weiter verdichtet. Der fachliche Hintergrund ist, dass wir grundsätzlich den Grundwasserabfluss der mutmaßlichen Kombinationsbereiche messen wollen, was uns mit diesen drei weiteren Messstellen gelingt. Das Monitoring durch die MDSE erfolgt schon in Kürze, weil die ihre Grundwassermessstellen logischerweise weiter nördlich im Bereich des Feuerschutzteiches errichten. Wir planen, wir schreiben gerade Leistungsverzeichnis... bereiten wir gerade vor. Wir planen ab Herbst ein Monitoring durchzuführen für unsere Grundwassermessstellen. Teil dieses Konzeptes, was vorbereitet wird, ist zu schauen, welche der vorhandenen Grundwassermessstelle, es ist insgesamt eine zweistellige Zahl, die wir dort in der Nähe haben, für das Monitoring vonnöten und brauchbar sind, um valide Ergebnisse zu erhalten. Genau. Das ist soweit der aktuelle Sachstand.

Herr Raue

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ja, vielen Dank für die Ausführungen. Ich habe jetzt ein bisschen darauf gehofft, dass Sie auch das Thema Feuerlöschteich ansprechen, und die Gespräche, die dazwischen MDSE und LAF gelaufen sind hinsichtlich der Entsorgung und Bearbeitung der Altlasten. Ich bin jetzt in der luxuriösen Position, dass ich Gespräche geführt hatte mit der MDSE und die auch mir gesagt haben, dass ich diese Information öffentlich verwenden darf. Deswegen habe ich jetzt kein Problem. Da wurde mir unter anderem mitgeteilt, dass die LAF die Finanzierung der Bearbeitung der Altlasten im Feuerlöschteich übernehmen wird. Ich denke da an eine Entsorgung, und wie auch immer, das haben Sie jetzt gar nicht erwähnt. Jetzt ist für mich die Frage: Haben Sie davon keine Kenntnis oder sind Sie da noch unsicher, weil als Stadt sind sie ja zuständig nach BBodSchV und auch führen sie die Gefährdungsabschätzungen durch. Das sollte schon alles in einer Hand zumindest zusammenlaufen, was dort auf dem Gelände insgesamt geplant ist. Sonst wird das ja – wenn jeder sein Stückwerk macht – etwas schwierig. Also in diese Richtung zielt meine Frage.

Herr Raue

Herr Kuchta.

Herr Kuchta

Wie Sie zutreffend ausgeführt haben, geht es in den internen Gesprächen dort um die Finanzierung, welche Maßnahmen finanziert werden können und in welcher Form und welcher Höhe. Dazu bekommen wir logischerweise keine Mitteilungen. Wir als Untere Bodenschutzbehörde kommen erst ins Spiel, sobald die gesetzlichen Anforderungen das hergeben, dass unsere Einschätzung beziehungsweise Genehmigung vonnöten sind. Insofern kann ich nur den aktuellen Stand der Unteren Bodenschutzbehörden mitteilen, dass dort derzeit keine Kenntnis über etwaige Maßnahmen vorliegen. Sobald, also Sie stehen ja im regen Austausch mit der Unteren Bodenschutzbehörde, Sie können das gerne regelmäßig weiter erfragen. Sobald uns etwas vorliegt, teilen wir das natürlich gerne mit. Genauso wie Sie bereits das Protokoll des internen Arbeitsgesprächs angefordert haben, was uns leider noch nicht vorliegt. Mir liegt jetzt gerade ein erster Entwurf des Protokolls vor, ist aber noch nicht abschließend freigegeben. Auch das stellen wir Ihnen dann auch gerne zur Verfügung. Aber die Gemengelage haben Sie auch zutreffend dargestellt. Es sind sehr verschiedene Eigentümerverhältnisse dort auf diesem Gelände und das erleichtert nicht gerade die Arbeit. Nichtsdestotrotz erfolgen immer wieder Abstimmungen in unregelmäßigen Abständen auf Arbeitsebene.

Wortprotokoll Ende

zu 8.16 Herr Krause zum Bauvorhaben Sofienhafen

Herr Krause bezog sich auf das Bauvorhaben Sofienhafen und sagte, das die IG Saaleaue gegenüber der SPD-Fraktion bemängelt hat, dass deren Fragen zum Effekt der mehrgeschossigen Bebbauung auf die Entstehung der Kaltluftschneise nicht beantwortet wurde. Er fragte wann eine Antwort an die IG Saaleaue erfolgt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass spätestens in der Abwägung des B-Planverfahren die Stellungnahmen berücksichtigt und abgewogen werden.

zu 8.17 Herr Krause zum Hochwasserrisiko

Herr Krause bezog sich auf extreme Hochwasser- und Havariesituationen in weiten Teilen Süddeutschlands und fragte, ob das Hochwasserrisiko in Bezug auf Pflichtversicherung, Risikoanalysen und Bauversagen in Risikogebieten abschließend vonseiten der Stadtverwaltung nochmal kritisch bewertet wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die entsprechende Gesetzeslage beachtet werden muss.

zu 8.18 Herr Scholtyssek zur Kita am Steg

Herr Scholtyssek berichtete, dass der Gehweg bei der Kita am Steg nicht bis zum Gebäude durchgängig ist. Zudem ist die Straße vor der Kita permanent zugeparkt. Er bat um Stellungnahme.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.19 Herr Scholtyssek zum Parken im Gesundbrunnen-Viertel

Herr Scholtyssek berichtete, dass das Parken im Stadtgutweg über Jahrzehnte auf einer geschotterten Fläche möglich war. Seit Kurzem wurde in diesem Bereich durch das Ordnungsamt Strafzettel verteilt, ohne die Anlieger vorher darüber zu informieren. Das Ergebnis einer Anhörung ergab, dass das Bußgeld für die Betroffenen weiter erhöht wurde. Er bat um Stellungnahme.

Herr Teschner antwortete, dass es Hinweise von Anwohnern selbst gab, dass dort auf Grünflächen geparkt wird. Folgend wurden Hinweiskarten über einen längeren Zeitraum an die Fahrzeuge gesteckt. Das Ordnungswidrigkeitsverfahren ist gesetzlich geregelt, sodass die Kosten nach einem solchen Verfahren weiter steigen können (Bsp. Bearbeitungskosten).

zu 8.20 Herr Scholtyssek zur Dieselstraße

Herr Scholtyssek äußerte sein Unverständnis, dass es immer noch nicht möglich ist, mit einfachen Mitteln eine Ummarkierung die Staufalle in der Dieselstraße zu entschärfen.

Herr Teschner antwortete, dass mit Zugang mehrerer Hinweise, er nochmal zu einem Vororttermin eingeladen hat. Alle Fachbereiche welche Vorort waren, bestätigten, dass der Vorschlag einer Ummarkierung zu einer Verschlechterung der Verkehrssicherheit führen würde. Eine neue Idee wird derzeit noch geprüft.

zu 8.21 Herr Doege zum Erdbeerstand am Hauptbahnhof

Herr Doege wies darauf hin, dass der Erdbeerstand am Hauptbahnhof gelegentlich auch auf dem Bodenleitsystem für Sehbehinderte steht. Er bat um Prüfung.

Herr Teschner sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.22 Herr Doege zur Stadtforststraße

Herr Doege berichtete, dass die Bushaltestelle an der Stadtforststraße nur eingeschränkt benutzt werden kann, da die dahinterliegende städtische Grünfläche die Bank an der Haltestelle bereits überwuchert. Er fragte, wie oft der Rasen gemäht wird.

Herr Kuchta sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.23 Frau Dr. Burkert zur Marktsatzung

Frau Dr. Burkert berichtete, dass ein Händler aus den Kyffhäuser als regionaler Erzeuger früher 50 Prozent Nachlass auf die Marktgebühren erhalten hat. Sie fragte, ob regionale Erzeuger keine 50 Prozent Nachlass erhalten, da der Händler mehr bezahlen soll.

Herr Teschner verwies auf die Marktsatzung.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Raue** die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin